

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

Deutscher Städtetag · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

Bundesministerium der Justiz und
für Verbraucherschutz
Herrn Kröger
11015 Berlin

poststelle@bmjv.bund.de

23.07.2014/Jo

Telefon +49 30 37711-0
Durchwahl 37711-410
Telefax +49 30 37711-409

E-Mail

regina.offer@staedtetag.de

Bearbeitet von

Regina Offer

Aktenzeichen

51.74.40 D

- 1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs – Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht**
- 2. Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen des Europarats vom 25.10.2007 zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch**

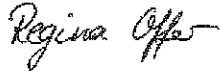
Sehr geehrter Herr Kröger,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung der o.g. Gesetzentwürfe und die Gelegenheit zu Stellungnahme. Wir begrüßen die Gesetzentwürfe und die damit einhergehenden Verschärfungen im Sexualstrafrecht insbesondere im Hinblick auf die Verfolgung von Taten, bei denen Kinder und Jugendliche Opfer sexuellem Missbrauchs geworden sind. Auch die Anhebung der Altersgrenze in der verjährungsrechtlichen Ruhensregelung des § 78 b Abs. 1 Nr. 1 StGB auf das 30. Lebensjahr des Opfers wird von ausdrücklich begrüßt.

Die Kommunen tragen als öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe erhebliche Verantwortung im Bereich des Kinderschutzes und sind in vielfältiger Form damit befasst, sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen nach Möglichkeit zu verhindern sowie Beratungs- und Hilfeangebote zu unterbreiten. Der Deutsche Städtetag ist Vereinbarungspartner des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs und hat sich verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass die Städte sowie kommunale Einrichtungen die Empfehlungen des Runden Tisches sexueller Kindesmissbrauch umsetzen bzw. die Umsetzung nach Kräften unterstützen. Maßnahmen im Rahmen dieser Unterstützung durch den Deutschen Städtetages sind z.B. die Mitgestaltung und Weitergabe von Informationsmaterialien für die Einrichtungen, das Hinwirken auf Aus- und Fortbildung für Haupt- und Ehrenamtliche, die Platzierung des Themas in Verbandsmedien, Gremien und Fachtagungen sowie die Einbindung der Arbeit des Unabhängigen Beauftragten für sexuellen Kindesmissbrauch in die Arbeit des Deutschen Städtetages.

Dem Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt sowie den Hilfen für die Opfer solcher Gewalttaten ist eine hohe Priorität einzuräumen. Wir begrüßen daher die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung als eine notwendige Verschärfung und Konkretisierung des Strafrechts. Angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre begrüßen wir ausdrücklich auch die Anhebung der Altersgrenze in der verjährungsrechtlichen Ruhensregelung, da viele Opfer erst im Erwachsenenalter in der Lage sind, ihre Gewalterfahrungen aufzuarbeiten und zur Anzeige zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

A handwritten signature in cursive script, reading "Regina Offer".

Regina Offer

Deutscher Städtetag · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin
 Bundesministerium der Justiz und
 für Verbraucherschutz
 Herrn Kröger
 11015 Berlin
poststelle@bmjv.bund.de

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs – Umsetzung
 Vorgaben zum Sexualstrafrecht
2. Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen des Europarats vom 25.1
 Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch

Sehr geehrter Herr Kröger,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung der o.g. Gesetzentwürfe und die Gelegenheit zu
 Stellungnahme. Wir begrüßen die Gesetzentwürfe und die damit einhergehenden Verschärf-
 gen im Sexualstrafrecht insbesondere im Hinblick auf die Verfolgung von Taten, bei denen
 Kinder und Jugendliche Opfer sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch
 Altersgrenze in der verjährungsrechtlichen Ruhestandsregelung des § 78 b Abs. 1 Nr. 1 StGB auf
 das 30. Lebensjahr des Opfers wird von ausdrücklich begrüßt.

Die Kommunen tragen als öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe erhebliche Verant-
 wortung im Bereich des Kinderschutzes und sind in vielfältiger Form damit befasst, sexuellen
 Missbrauch von Kindern und Jugendlichen nach Möglichkeit zu verhindern sowie Beratungs-
 und Hilfeangebote zu unterbreiten. Der Deutsche Städtetag ist Vereinbarungspartner des Unab-
 hängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs und hat sich verpflichtet,
 darauf hinzuwirken, dass die Städte sowie kommunale Einrichtungen die Empfehlungen des
 Runden Tisches sexueller Kindesmissbrauch im Rahmen dieser Unterstützung durch den Deutschen Städtetag und
 z.B. die Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung für Haupt- und Ehrenamtliche, die Platzierung des Un-
 abhängigigen Beauftragten für sexuellen Kindesmissbrauch in die Arbeit des Deutschen Städteta-
 ges.